

KURZ UND PRÄGNANT

Es gibt kein Superrecht auf Überwachung

Als „notwendige und richtige Entscheidung“, bezeichnete die Landtagsabgeordnete Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, der am 8. April die Unzulässigkeit der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung festgestellt hat. „DIE LINKE spricht sich bereits seit Jahren gegen die anlasslose Erhebung von Daten im Telekommunikationsbereich aus, weil sie einen übermäßigen Eingriff in die Grundrechte der Bürger darstellen. Der Europäische Gerichtshof hat mit seinem Urteil unsere Gründe für diese Ablehnung als völlig zutreffend bestätigt.“

Das höchste europäische Gericht bestätigt damit das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches bereits vor einigen Jahren die deutsche Umsetzung der Richtlinie für nicht verfassungsgemäß ansah.

Die Richtlinie wurde zu Recht aufgehoben

Katharina König weiter: „Der Europäische Gerichtshof eine besondere Schwere des Eingriffs in die Grundrechte festgestellt. Das muss jedem politisch Verantwortlichen, der sich bisher noch für die Vorratsdatenspeicherung eingesetzt hat, doch zu denken geben.“

„Nicht nur die Umsetzung der Richtlinie in Deutschland war problematisch, das ganze Konstrukt einer willkürlichen Datenspeicherung über ausnahmslos jeden, der elektronisch kommuniziert, ist schlichtweg falsch und entspricht nicht einer demokratischen Gesellschaft“, sagte die Abgeordnete, die eine grundrechtskonforme Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung auch in Zukunft für nicht möglich hält. Große Gefahren für die öffentliche Sicherheit, wie sie von Abgeordneten der CDU heraufbeschworen werden, kann Katharina König mit der Aufhebung der Richtlinie nicht erkennen: „Die Vorratsdatenspeicherung hat sich bisher nicht als notwendiges Instrument zur Verbrechensbekämpfung erwiesen. Mit dem Urteil ist aber klar, dass diese Ermittlungsmethode einen massiven Eingriff in die Privatsphäre darstellt, der mit den Grundrechten nicht vereinbar ist. Deshalb ist die Richtlinie zu Recht aufgehoben worden.“

Auch wenn das Urteil die Tür für neue Anläufe zur Vorratsdatenspeicherung offen lässt, plädierte Katharina König dafür, die Idee endgültig zu begraben: „Es wird Zeit, dass auch hierzulande die Grundrechte aller Menschen ernster genommen werden. Es gibt kein Superrecht des Staates auf Überwachung – auch nicht im Namen der Sicherheit.“ ■

Dem Verfassungsschutz fehlt jede Legitimation

Die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) erstattete Bericht an den Landtag

Am 11. April hat der stellvertretende Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK), Heiko Gentzel, im Thüringer Landtag einen ausführlichen Bericht zur Arbeit des Gremiums, das die Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes kontrollieren soll, erstattet. Im Anschluss hatte der LINKE Abgeordnete Ralf Kalich erklärt:

„Dies war hoffentlich der letzte Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission an den Thüringer Landtag, weil der Verfassungsschutz nach der Landtagswahl von einer LINKEN in Regierungsverantwortung durch eine Informations- und Dokumentationsstelle ersetzt werden wird.“

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, um die ganze Absurdität der vermeintlichen parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes zu verdeutlichen, dann haben wir ihn allein schon im Procedere der Berichterstattung der PKK an den Landtag erlebt. Um Sachverhalte zu referieren, die entweder allgemein bekannt sind oder unproblematisch in öffentlichen

Verfassungsschutzberichten nachgelesen werden können, musste die PKK erstmalig beschließen, dass die Geheimhaltung aufzuheben ist.“ Der Bericht enthält im Bereich Rechts lediglich Ausführungen zu bekannten Vorkommnissen, wie dem Neonazi-Überfall in Ballstädt, oder offen zugänglichen Informationen, wie den Wahlergebnissen der NPD. Einen Gewinn an Information erbringt der Verfassungsschutz mit seinen grundrechtsfeindlichen Methoden dann offenbar nicht.

Feinde der Demokratie selbst finanziert

Vielmehr wird durch den Bericht ein weiteres Mal offenkundig, wie verfehlt und gefährlich vor allem die V-Mann-Praxis des Verfassungsschutzes für das demokratische Gemeinwesen ist. Der sogenannte „Engel-Bericht“ stellte u.a. heraus, wie der damalige NPD-Funktionär Kai-Uwe Trinkaus seine Rolle als V-Mann nutzte, um demokratische Parteien und Vereine zu unterwandern, Abgeordnete zu kompromittieren und herabzuwürdigen. Ebenso wurde festgestellt, dass der Verfas-

sungsschutz die Gefahren, über die Trinkaus berichtete, erst selbst erschaffen hatte. Dass dies kein Einzelfall, sondern vielmehr die Regel beim Landesamt für Verfassungsschutz ist, zeigen die Beispiele der V-Männer Tino Brandt, Thomas Dienel und Marcel D., die ebenfalls führende Nazi-Aktivisten waren. „Der Verfassungsschutz finanziert also selbst die Feinde der Demokratie und deren verfassungsfeindliches Agieren“, unterstrich der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion.

Nach dem PKK-Bericht muss konstatiert werden, dass eine parlamentarische Kontrolle des Geheimdienstes nicht gewährleistet ist. Die Kommission hatte berichtet, nur unzureichend von der Landesregierung unterrichtet worden zu sein, und dies, obwohl die gesetzlichen Verpflichtungen bestünden. Ralf Kalich: „Wenn die PKK dann selbst ausführt, die parlamentarische Kontrolle sei eine wesentliche Säule zur Legitimation der Geheimdienste, dann muss sie und muss auch das Parlament in Gänze endlich die richtigen Schlüsse ziehen: Dem Verfassungsschutz fehlt jedwede Legitimation und er gehört abgeschafft.“ ■

„Die Welt ist voller Farbe“



Bis zum 17. Mai ist in der Fraktionsgalerie der LINKEN im Thüringer Landtag die Gemeinschaftsausstellung „Die Welt ist voller Farbe“ mit Bildern von Linda Markowski, Christophorus Klimke und Hans Joachim Becker zu sehen. Vom Kunstverein „Hofatelier“ Niedergrunstedt (bei Weimar) kommend, zeigen sie eine eindrucksvolle Bandbreite ihres Schaffens und verschiedener Techniken der Malerei und Grafik. Neben Porträts, Landschaften und Stillleben sind auf den ausgestellten Bildern auch Stimmungen eingefangen, die tatsächlich eine Welt voller Farbe zeigen. In Anwesenheit der Künstlerinnen und Künstler sowie zahlreicher Gäste war die Ausstellung im Rahmen einer Vernissage am 9. April durch den Vorsitzenden der Linksfraktion, Bodo Ramelow, eröffnet worden. Die Fraktion freut sich auf interessierte Besucherinnen und Besucher.

Das Hofatelier hat sein Domizil in der alten Schule von Niedergrunstedt, die zum Sitz des Kunstvereins wurde und wo bereits 1994 die Ausstellungstätigkeit begann. Das Haus konnte nach umfangreichen Sanierungen im denkmalgeschützten Ortskern 1995 auch als eine Begegnungsstätte vielfältiger Art offiziell eröffnet werden. ■

Online-Diskussionsforum des Thüringer Landtags

Unter www.forum-landtag.thueringen.de können sich Interessierte im Online-Diskussionsforum bis zum 25. Mai an der Debatte zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen und zu den Gesetzentwürfen zur Änderung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes beteiligen. Darüber hinaus kann man hier noch bis zum 8. Mai zum Thüringer Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften mitdiskutieren.

Bei der Verfassungsschutzgesetz-Diskussion geht es um Gesetzentwürfe der Grünen-Fraktion und der Landesregierung. Der Innenausschuss hatte am 4. April beschlossen, hierzu ein schriftliches und mündliches Anhörungsverfahren durchzuführen und die von Sachverständigen, Interessensvertretern und anderen Anzuhörenden eingebrachten Stellungnahmen im Diskussionsforum des Thüringer Landtags zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften wird eine auf die Zukunft gerichtete Anpassung und Neuordnung des Thüringer Beamtenrechts verfolgt. Um dies zu erreichen, sollen u.a. die bisherigen laufbahnrechtlichen Bestimmungen zur Vereinfachung aus dem Thüringer Beamtengesetz und der Thüringer Laufbahnverordnung gestrichen und in einem neuen eigenen Thüringer Laufbahngesetz zusammengefasst werden. ■